

Anmerkungen

- ¹ Wenn ich mich auf die Disziplin Internationale Beziehungen beziehe, verwende ich den Begriff »Disziplin« oder schreibe das Adjektiv »International« als Eigenname groß. Beziehe ich mich auf die internationalen Beziehungen als tatsächliche Beziehungen zwischen Staaten, schreibe ich das Adjektiv klein.
- ² Um dem Leser die Unterscheidung zwischen Zitaten und meiner eigenen Verwendung von Anführungszeichen zu erleichtern, verwende ich in dieser Arbeit drei Arten von Anführungszeichen: Zitate setzte ich wie üblich in doppelte Anführungszeichen („“); Anführungszeichen innerhalb der Zitate werden mit einfachen Zeichen wiedergegeben (‘); für die von mir verwendeten Anführungszeichen gebrauche ich Guillemets (« »).
- ³ Beschreibungen des Kerngedankens der linguistischen Wende finden sich unter anderem bei Stierstorfer 1998: 312, Blank 1999 3–5, Habermas 1999: 81, Welsch 1999: 8.
- ⁴ Cyrus Vance in einem Gespräch mit dem damaligen US-Botschafter in Jugoslawien, Warren Zimmermann (Zimmermann 1996: 176–177).
- ⁵ Kurz nach der Anerkennung wurden bereits die ersten diesbezüglichen Arbeiten verfaßt. Nachfolgend findet sich eine Aufstellung der mir bekannten Publikationen: Axt 1992, Heinrich 1992, Horsley 1992, Mühlen 1992, Newhouse 1992, Rondholz 1992, Schoch 1992, Wagner 1992, Kirch 1993, Magas 1993, Markusic 1993, Rosefeldt 1993, van Heuven 1993, Giersch/Eisermann 1994, Radan 1994, Djilas 1995, Jakobsen 1995, Crawford 1995, 1996, Maull 1995, Stojkovic 1995, Ivanković 1996, Zipfel 1996, Gow 1997, Lucarelli 1997, Thumann 1997, Hartmann 1998, Hodge 1998, Melcic/Jalta 1999, Both 2000 und Witte 2000. Berichte von damaligen Diplomaten oder politischen Entscheidungsträgern werden in Fußnote 78 aufgezählt; dort finden sich ebenso überblicksartige Darstellungen des Jugoslawienkonfliktes.

- 6 Mit dieser Unterscheidung greife ich den in Rortys Augen maßgeblichen Richtungsstreit der Gegenwartsphilosophie auf (2002: 31): „As I see contemporary philosophy, the great division is between representationalists, the people who believe that there is an intrinsic nature of non-human reality which humans have a duty to grasp, and antirepresentationalists.“
- 7 Was hier »wirklich« ist, etwa nur Physisches oder auch Ideen, hängt freilich allein von der theoretischen Position des Betrachters ab. »Wirklichkeitsnahe Aussagen« bezeichnen immer nur etwas, das in einer Theorie formulierten Kriterien für Wirklichkeitsnähe entspricht. Theorien, die in der Philosophiegeschichte als Realismus bezeichnet wurden, beruhen daher auch auf entgegengesetzten Positionen. Der Realismus des Mittelalters etwa sprach geistigen Dingen (in diesem Fall den »Universalien«) eine Existenz zu, während der Realismus zu Zeiten Hegels (1770–1831) die Ansicht bezeichnete, daß nur die Dinge, wie sie unmittelbar sind, eine wirkliche Existenz haben (Hegel 1971 [1881]: 97). Der Realismus als Theorie der internationalen Beziehungen scheint der mittelalterlichen Theorie des Realismus nahezustehen. Wenn abstrakte Begriffe wie »Interessen« eine direkte Wirkung haben sollen, setzt dies ihr objektives Bestehen voraus. Allerdings vermute ich, der Begriff »Realismus« wurde weniger in Anspielung auf eine Positionen im mittelalterlichen Universalienstreit gewählt als vielmehr, um sich die Konnotation des Begriffes zunutze zu machen. Der Begriff suggeriert, hier werde ein Geschäft von Leuten betrieben, die wissen, wie es in der Welt »da draußen« aussieht.
- 8 Die Frage, ob und wie man Geschehnisse unverfälscht wiedergeben kann, bleibt eine grundlegende Frage historiographischer Arbeiten, und die Möglichkeit beziehungsweise Unmöglichkeit objektiver Repräsentation wurde über die Jahrhunderte unterschiedlich bewertet. Die Ansicht, gewisse Dinge könne man nicht einfach »beim Namen nennen«, vertraten bereits Theoretiker wie Bayle oder Voltaire, die Fiktion für ein notwendiges Mittel zur Vermittlung bestimmter Wahrheiten hielten. In diesem Sinne wird Wahrheit nicht mit »Fakten« gleichgesetzt, sondern

mit einer Verknüpfung von Tatsachen und einer konzeptionellen Matrix, in welche die Tatsachen angemessen in den Diskurs eingeordnet werden können. In diesem Sinne müssen sowohl Vernunft als auch die Phantasie des Lesers für eine angemessene Repräsentation der Wahrheit angesprochen werden. Im frühen neunzehnten Jahrhundert begannen Historiker Tatsachen als Wahrheit und Fiktion als das Gegenteil von Wahrheit anzusehen, und als Ideal der Geschichtsschreibung galt ein Diskurs, der aus nichts als aus »Fakten« besteht (vgl. White 1978: 123).

- ⁹ Eine Verteidigung der Korrespondenztheorie der Wahrheit durch einen zeitgenössischen Sprachphilosophen findet sich bei Searle (1997: 207–234).
- ¹⁰ Schwarz 1994: 76, zitiert nach Hellmann 2001: 50, FN 17.
- ¹¹ Am ausführlichsten veranschaulicht Rorty diese Anschauung in seinem Hauptwerk *Der Spiegel der Natur* (1981).
- ¹² Dieser Punkt ist unter Pragmatisten umstritten. Einen umfassenden Überblick der Kontroverse zwischen Rorty und anderen Pragmatisten bietet Brandom (2000a). Das Buch enthält Texte u. a. von Habermas, Davidson, Putnam, McDowell, Brandom sowie Rortys Antworten auf diese Kritiken. Diese Kritiker Rortys verteidigen größtenteils die Vorstellung der Idee einer objektiven, zeitlosen Wahrheit vor einem nichtrepräsentativen Wirklichkeitsverständnis.
- ¹³ Eco spricht von Bedeutung als „kultureller Einheit“ (Eco 1994: 74–76).
- ¹⁴ Kratochwil schlug bereits vor über zehn Jahren vor, die sprachphilosophische Einsicht, daß sich die Welt nicht einfach in unserem Bewußtsein abbildet, in die Disziplin Internationale Beziehungen zu übernehmen (1989: 5–6). Kratochwil arbeitet allerdings mit anderen erkenntnistheoretischen Annahmen. Er

sieht etwa den Sinn einer Handlung als Ergebnis von Normen und Regeln, während ich Normen und Regeln als Bestandteil eines umfassenderen sinnstiftenden Zusammenhangs auffasse.

- 15 Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit zeigen allerdings, daß solche kollektiven Übereinkünfte in tatsächlichen Entscheidungssituationen auf unterschiedliche Art und Weise konkretisiert werden und gegebenenfalls auch zur Rechtfertigung gegensätzlicher Handlungsempfehlungen herangezogen werden können.
- 16 Dies ist vermutlich der Grund für die uneinheitliche und zum Teil verwirrende Verwendung dieser Begriffe. Übersichtliche Darstellungen dieser Unterscheidungen finden sich bei Welsch 1993, George 1994, Hollis 1995, Smith 1995, 1996, Ruggie 1998.
- 17 Mit der Formulierung „in die Welt eingeschrieben“ umschreibe ich die metaphysische Auffassung vieler nicht-religiöser Menschen, Prinzipien wie »Menschenrechte« stellten mehr dar als eine kollektive Überzeugung.
- 18 Rorty (2002: 32) drückt diese Ansicht wie folgt aus: „To grasp the need to fall back on reasons of the heart, consider the theist who is told that the term „God“, as used in the conclusion of the cosmological argument is merely a name for our ignorance. Then consider the realist who is told that his explanation for the success of science is no better than Moliere’s doctor’s explanation of why opium puts people to sleep. Then consider the pragmatist who is told, perhaps by John Searle, that his verificationism confuses epistemology and ontology. All three will probably be unfazed by these would-be knock-down arguments. Even if they admit that their opponents’ point admits of no refutation, they will remark, complacently and correctly, that it produces no conviction.“

- ¹⁹ In der Disziplin Internationale Beziehungen ist solch ein dogmatischer Glaube an die »objektive Wirklichkeit« weit verbreitet. Selbst Autoren, die sich auf Lakatos berufen und dem Popperschen Wissenschaftsmodell verbunden bleiben, wie Ruggie und Kratochwil, wird vorgeworfen, Doktoranden zum beliebigen Draufflosschreiben zu verführen (Ruggie 1998a: 85–86).
- ²⁰ Auch solche Aussagen können selbstverständlich dekonstruiert werden. Beispielsweise könnte die Bezeichnung »Volksarmee« von jemandem hinterfragt werden, der in dieser Armee nur ein serbisches Machtinstrument zu erblicken vermag. Der Nutzen des Kapitels liegt gerade darin, derartige Kritiken zu ermöglichen, insbesondere wenn der Kritiker aufzuzeigen vermag, welche Auswirkungen die Verwendung solcher Begrifflichkeiten für meine Interpretation nach sich zieht.
- ²¹ Eine Darstellung aktueller Debatten um »Ismen« in der Disziplin Internationale Beziehungen findet sich bei Schmidt 2002.
- ²² Einführungen in den Pragmatismus bieten Rorty 1994, Menand 1997 und Brandom 2000a.
- ²³ Hegel kann in zweifacher Hinsicht als Ausgangspunkt der Sprachphilosophie gelten: Zum einen, weil seine Philosophie eine Negativfolie darstellte, gegen die die ersten, als analytisch bezeichneten, Sprachphilosophen anschrieben, zum anderen, weil die postanalytischen Sprachphilosophen wieder an Hegels Philosophie anknüpften. Die der analytischen Philosophie zugeordneten Autoren Moore und Russel lehnten sich Anfang des 20. Jahrhunderts gegen den in England herrschenden Neo-Hegelianismus auf (Welsch 1999: 1). Hegel hatte in der Phänomenologie des Geistes nachgezeichnet, wie jede Unmittelbarkeit sinnlicher Wahrnehmung der Vermittlung bereits existierender allgemeiner Begriffe bedarf. Das Einzelne, wie der Baum, die Hand oder die Tasse, erschließt sich nicht unmittelbar, sondern erst aufgrund allgemeiner Kategorien des Denkens. Moore und Russel waren von der vermeintlichen Unmittelbarkeit der Welt überwältigt und wollten diese Anschauung Hegels widerlegen.

Im Gegensatz zu Hegel versuchten sie das Wissen um allgemeine Strukturen auf Elementargewiheiten aufzubauen (Welsch 1999: 3). Für sie stellten Aussagen wie »Auf dem Tisch steht eine Tasse« Gewißheiten dar, die nicht zu hintergehen sind. Um diese Gewißheiten zum Fundament des allgemeinen Wissens zu machen, versuchten sie eine logisch strukturierte Sprache zu entwickeln, welche allein die elementaren Sätze verwendet, die für die Erkenntnis wichtig sind. Wissenschaftliche Sätze einer formalen Sprache sollten im Gegensatz zu den metaphysisch durchdrungenen Sätzen der Alltagssprache in der Lage sein, »atomare« Tatsachen oder Sachverhalte abzubilden. Eine Sprache, die diese Anforderung erfüllt, konnte nicht gefunden werden. Wittgensteins *Philosophische Untersuchungen* und die darin enthaltene Widerrufung seiner analytischen Konzeption des *Tractatus logico-philosophicus* markieren den Übergang zur postanalytischen Philosophie (vgl. Flor 1993: 214–217).

- ²⁴ Der Begriff »Neopragmatismus« wird nicht nur für die Bezeichnung der Philosophie Rortys verwendet. Rorty selbst unterscheidet etwa zwischen „klassischen Pragmatisten“ (Peirce, James und Dewey) und heutigen „Neopragmatisten“ wie Quine, Goodman, Putnam und Davidson (Rorty 1994: 13).
- ²⁵ Die Unterschiede zwischen Rorty und anderen zeitgenössischen Autoren, die dem Pragmatismus zugerechnet werden, sind bei Brandom (2000a) ausführlich dargestellt. In dem Sammelband finden sich Kritiken der bekanntesten pragmatischen Autoren und Antworten Rortys.
- ²⁶ Vgl. Seite 16.
- ²⁷ Der Pragmatismus formuliert dabei keine Vorstellungen, wie eine bessere menschliche Zukunft auszusehen habe. Der Begriff »normativ« bezieht sich auf ein Verfahren der Erkenntnisgewinnung, nicht aber auf deren Inhalt. Rorty (1994: 16–17) vergleicht den Pragmatismus in diesem Zusammenhang mit der Entwicklungstheorie Darwins: „Wird die Frage ‚Nützlich wozu?‘ aufgeworfen, haben sie nichts weiter zu erwidern als

„Nützlich zur Schaffung einer besseren Zukunft“. Stellt man die Frage: „Nach welchem Kriterium besser?“, sind sie zu einer detaillierten Antwort ebensowenig imstande wie die ersten Säugetiere zu einer Angabe der Hinsichten, in denen sie mehr taugten als die aussterbenden Dinosaurier. Die Pragmatisten können hier nur vage Antworten geben wie etwa: besser insofern, als mehr unserer Meinung nach Gutes und weniger unserer Meinung nach Schlechtes darin enthalten ist.“

- ²⁸ Welche Verhaltensweise aus dem Fluß der andauernden menschlichen Tätigkeiten herausgegriffen wird und als »Handlung« gekennzeichnet wird, ist immer von der Perspektive des Betrachters abhängig (siehe Allwood 1995: 27–28, für eine Typologie unterschiedlicher Handlungen). Erst durch Interpretation wird aus einfachen (beobachtbaren) physischen Bewegungen eine abgrenzbare Handlung (vgl. Lenk/Marin 1995: 359).
- ²⁹ Ich verwende die Begriffe »Sinn« und »Bedeutung« synonym. Freges klassische Unterscheidung zwischen diesen Begriffen (1892: 26–27) ähnelt den heutzutage verwendeten Begriffspaaren Intension/Extension beziehungsweise Denotation/Designation. Für meine Fragestellung ist diese Unterscheidung nicht relevant. Eine ausführliche Darstellung dieser Begriffe findet sich bei Eco (1994: 101–113, 2000: 453–487).
- ³⁰ Für eine Übersicht über unterschiedliche Bedeutungstheorien siehe Lyons (1991: 19), der idealtypisch zwischen Referenztheorien, Ideationstheorien und kontextuellen Theorien von Bedeutung unterscheidet.
- ³¹ Zum Begriff der »problematischen Situation« vgl. Haftdorn 1990: 405.
- ³² Frese 1966: 51, zitiert nach Esser 1993: 491.

- ³³ Hierin liegt ein wesentlicher Grund, warum mittels Sprache die Welt nicht abgebildet werden kann. Begriffe erhalten ihre Bedeutung nicht durch Verweis auf das Konkrete, sondern dadurch, daß sie mit anderen Kategorien in Beziehung gesetzt werden.
- ³⁴ Die Attribute »abstakt« und »konkret« bezeichnen keine inhärenten Eigenschaften von Begriffen. Welche Begriffe als »abstrakt« oder »konkret« bezeichnet werden, ist durch den Sprachgebrauch der Akteure, das heißt die Perspektive des Betrachters bestimmt. Jeder Begriff kann als »abstrakt« angesehen werden. Ein Beispiel hierfür sind hinweisende (deiktische) Pronomen wie »dieser«. Diese Pronomen sind vermeintlich sehr konkret, da sie auf gegenständliche, außersprachliche Dinge hinweisen. Deiktische Begriffe können aber auch als die abstraktesten Kategorien überhaupt angesehen werden. Hegel betrachtete sie als solche, da sie sich auf alles beziehen können und selbst somit weitgehend inhaltsleer sind (vgl. Hegel 1995 [1830]: §164).
- ³⁵ Vgl. Hans-Dietrich Genscher, Interview im Deutschlandfunk „Interview der Woche“, 15.12.1991 und den Briefwechsel zwischen Genscher und de Cuéllar, siehe Fußnote 114.
- ³⁶ Strukturalistische Theorien beziehen sich für gewöhnlich auf die Arbeiten von Ferdinand de Saussure. De Saussures Gedanken, etwa seine Arbeit zur „Arbitrarität des Zeichens“, wurden erst nach seinem Tode rezipiert, als Mitschriften seiner Vorlesungen zusammengefaßt und veröffentlicht (Saussure 1967 [1916]). Die Arbitrarität des Zeichens bezieht sich auf die willkürliche Zuordnung von Signifikant und Signifikat, behauptet demnach ein loses Verhältnis zwischen dem Bezeichnenden und dem Bezeichneten; ein Prinzip, welches später Derrida als Begründung des Arguments verwandte, es sei nicht möglich, die Realität mit sprachlichen Zeichen zu erfassen (Miller 1996: 12, Nünning 1998: 21).

- ³⁷ Der von Derrida geschaffene Begriff *différance* soll dies zum Ausdruck bringen, indem er die orthographisch korrekte Form des französischen Wortes *différence* minimal verändert und sich die Doppelbedeutung von *différer* (sich unterscheiden, sich aufheben) zu Nutze macht. In den Internationalen Beziehungen wurde der Begriff der *différance* unter anderem von Albert und Zehfuß aufgegriffen (Albert 1996, Zehfuß 2002).
- ³⁸ Der Hinweis auf »Subsumtion« ist in der Disziplin Internationale Beziehungen nicht neu. Ein Vergleich von Subsumtionsverfahren und Normanwendung findet sich bei Kratochwil (1989: 227). Kratochwil faßt die juristische Praxis als ein „Argumentieren in Analogien“ auf und versteht die Tätigkeit eines Richters als ein Auswählen zwischen möglichen Interpretationen. Eine vergleichbare Auffassung vertritt in der juristischen Literatur Röhl (1995: 39–40).
- ³⁹ Wenn Richter Urteile verkünden, haben sie aus pragmatischer Sicht eine Auswahl zwischen unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten getroffen. Verschiedene Verfahren sollen dabei den Beteiligten die Entscheidung erleichtern. Zu diesen Verfahren zählt etwa die Auslegung von Gesetzen etwa nach Wortsinn, Bedeutungszusammenhang des Gesetzes oder objektiv-teleologischen Kriterien (Vgl. Larenz 1991: 320–347, der sieben unterschiedliche Auslegungskriterien aufführt). Letztlich werden diese unauflösbaren Interpretationsschwierigkeiten jedoch nur durch institutionelle Mechanismen überwunden. Die höchste Instanz verfügt dabei über die institutionell abgesicherte Autorität, eine Interpretation verbindlich festzulegen.
- ⁴⁰ Vgl. das Zitat Rortys auf Seite 53.
- ⁴¹ Für eine kritische Betrachtung der Verwendung der Bezeichnung Genozid im Bosnienkonflikt vgl. Kenney (1996). Kenney führte im State Department diese Bezeichnung für die Geschehnisse in Bosnien ein, distanzierte sich jedoch später von ihrem Gebrauch.

- 42 Beispielsweise wenn Fahrräder zu den einzigen individuell nutzbaren Fahrzeugen würden und sich neue Bezeichnungen etablieren müßten, auch um die Unterschiede zwischen Fahrrädern hervorzuheben, Unterschiede, nach denen die (ehemals Limousinen fahrenden) Oberschichten verlangen, um sich von den unteren Schichten abzugrenzen.
- 43 „Rechtfertigung ist nicht eine Funktion besonderer Relationen zwischen Ideen (oder Wörtern) und Gegenständen, sondern eine Funktion der sozialen Redepraxis, des Gesprächs zwischen Personen. Die Rechtfertigung eines Gesprächs ist sozusagen von Natur aus holistisch“ (Rorty 1981: 190).
- 44 Eine Zusammenfassung der Argumentation von Quine und Sellars bietet etwa Rorty 1989: 203–235 und Hollis 1995: 108–116.
- 45 Quine schreibt in diesem Zusammenhang (1951: 42): „The issue over there being classes seems more a questions of convenient conceptual schemes; the issue over there being centaurs, or brick houses on Elm Street, seems more a question of fact. But I have been urging that this difference is only one of degree, and that it turns upon our vaguely pragmatic inclination to adjust one strand of the fabric of science rather than another in accommodating some particular recalcitrant experience.“
- 46 Sellars zitiert nach Habermas 1999: 20.
- 47 Hollis erkennt hier zudem, daß der Pragmatismus eine Beschreibung des tatsächlichen, seit jeher beobachtbaren menschlichen Handelns sein will. Auch eine nur von Pragmatisten bevölkerte Welt wäre nicht relativistischer und damit „heimtückischer“ als die derzeitige. Die Menschen würden ihr Verhalten auf die gleiche Weise an ihnen plausibel erscheinenden Kriterien ausrichten. Für ihre ethischen Erwägungen würden sie allerdings nicht den Anspruch auf Letztgültigkeit erheben. Sie würden sie befolgen, weil sie diese als Teil ihrer Überzeugung ansehen, etwa als Ausdruck ihres Wunsches nach weniger menschlichem Leid.

- ⁴⁸ Eine Einführung in verschiedene Aspekte des BedeutungsBegriffes findet sich bei Eco 1994: 108–113, 2000: 453–487 und Verschuere 1995: 139–142.
- ⁴⁹ Schütz spricht beispielsweise von einem „geschlossenen Sinnbereich“ (1971: 264), Berger/Luckmann von „umgrenzter Sinnprovinz“ (1977: 28). Darüber hinaus tauchen in der Literatur Begriffe wie Bedeutungsstruktur, Sinnzonen, modaler Inhalt, nuklearer Inhalt oder Sinnwelten auf, um nur wenige zu nennen.
- ⁵⁰ Einer Anekdote zufolge spielten Austin und seine sprachphilosophisch interessierten Kollegen öfters ein Spiel namens Vish!. Man wählt in einem Wörterbuch ein Wort aus und schlägt dann Wörter aus der Definition nach. Sobald man wieder zum ursprünglichen Wort gelangt, das umschrieben werden sollte, ruft man Vish! (vicous circle) (Hacking 1999: 44).
- ⁵¹ Als rigorosester (und anregendster) Versuch, jede formalisierte Erforschung von Bedeutung zu beseitigen, gelten Wittgensteins „Philosophische Untersuchungen“ (so Eco 1994: 88). Wittgenstein schlug ein kontextuelles Verständnis von Bedeutung vor. Wichtig erschien ihm nicht die Suche nach festen Bedeutungen, sondern danach, auf welche Weise die Begriffe verwendet werden. Die Arbeiten, die in seiner Tradition verfaßt werden, zählt Lyons daher zu den Bedeutung-als-Gebrauch Ansätzen (Lyons 1991: 19). Eine anregende Umsetzung eines vergleichbaren Sprachverständnis findet sich auf der Internetseite www.sprachkritik.de. Anstelle von Definitionen von Begriffen werden für einzelne Begriffe zahlreiche Umschreibungen gegeben, die untereinander wieder vernetzt sind. Auf diese Weise kann man sich dem Bedeutungsgeflecht einzelner Begriffe nähern und die unterschiedlichen Dimensionen der Begriffe assoziativ erfassen.

- ⁵² In der Literatur finden sich mittlerweile eine Vielzahl von Definitionen. Vgl. zum Diskursbegriff etwa van Dijk 1996: 15, Potter 1996: 7, Keller 1997: 316, Dryzek 1997: 8, Diez 1999: 45, Bublitz 2001: 256 sowie Titscher et al. 1998: 43–45, der auch auf epistemologische Wurzeln des Begriffes eingeht.
- ⁵³ Vgl. Keller et. al 2001b: 7–9.
- ⁵⁴ Neben Diskursgemeinschaft könnte man hier auch von einer »Argumentationsgemeinschaft« sprechen. Zum Begriff der Diskursgemeinschaft vgl. auch Knoblauch 2001: 215.
- ⁵⁵ Die Zielsetzung pragmatischer Arbeiten kann von der Zielsetzung in der Soziolinguistik abgegrenzt werden. Während soziolinguistische Studien sich mit den linguistischen Besonderheiten relativ fester sozialer Faktoren wie Herkunft, soziale Klasse, Ethnie oder Alter der Sprecherin beschäftigt, interessieren sich pragmatische Studien für die praktischen Folgen linguistischer Repertoires (vgl. Thomas 1995: 185–186). Die Abgrenzung zwischen Soziolinguistik und pragmatisch orientierten Arbeiten ist allerdings nicht trennscharf. Andere Autoren ordnen die Soziolinguistik der Pragmatik als Teilgebiet der Semiotik zu (vgl. Verschueren 1995).
- ⁵⁶ Eine Forderung nach einem solchem Vorgehen findet sich bei Hellmann (1999: 126).
- ⁵⁷ Die „Grounded Theory“ von Glaser und Strauss bietet die wohl umfangreichste Anweisung zur interpretativen Erschließung von Texten (vgl. Glaser/Strauss 1967, Strauss 1998 [1994]). In der vorliegenden Arbeit wurden Anregungen aus der »Grounded Theory« übernommen, etwa die Vorstellung Texte nicht mittels abgeschlossener, vorab festgelegter Kategorien erfassen zu wollen. Einführungen in qualitative Forschung bieten darüber hinaus: Mayring 1990, Flick 1991, 1998, Schröer 1994, Hitzler/Honer 1997.

- ⁵⁸ Einen guten Einstieg bieten die Seiten <http://www.infostate.gov> und <http://www.firstsearch.gov>.
- ⁵⁹ Die Adresse der Library of Congress lautet <http://www.loc.gov>.
- ⁶⁰ Reichertz/Schrör (1994) unterscheiden in diesem Zusammenhang unterschiedliche Intensitäten der Auswertung wie freischwebende Aufmerksamkeit und konzentrierte Interpretation.
- ⁶¹ Vgl. für eine ähnliche Argumentation Weldes 1999: 114–118.
- ⁶² Anregungen finden sich unter anderem bei: Jäger 1991, Donati 1992, Fairclough 1992, Potter/Wetherell 1994, van Dijk 1997, Titscher et. al 1998, Tonkiss 1998 und Milliken 1999. Hervorzuheben ist an dieser Stelle das *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse* (Keller et al. 2001a), das einen umfassenden Überblick über den Stand der Forschung bietet. Die Herangehensweise der vorliegenden Arbeit ist in weiten Teilen mit der in diesem Buch dargestellten Sichtweise von Diskursen als Narrationen vergleichbar (vgl. Viehöver 2001).
- ⁶³ Die Formulierungen der Fragen wurden teilweise von Viehöver (2001: 191) übernommen.
- ⁶⁴ Vorläufige Ergebnisse meiner Arbeit habe ich auf nationalen sowie internationalen Konferenzen, Workshops und Forschungseminaren vorgestellt und diskutiert. An dieser Stelle möchte ich nochmals meinen Dank für wertvolle Anregungen aussprechen, die ich bei diesen Gelegenheiten erhalten habe.
- ⁶⁵ In diesem Sinne beschreibt Rhetorik die Fähigkeit, in der öffentlichen Rede einen Standpunkt überzeugend darzulegen. Der Begriff „Rhetorik“ wird heutzutage auch abweichend verwendet, zum Beispiel als „rhetorisches Handeln“ bei Risse (2000).

- ⁶⁶ Die Anzahl der Autoren, die auf die Bedeutung von Texten verweisen, wird zunehmend größer. Zu diesen Autoren zählen unter anderen: Liftin 1994, Weldes/Saco 1996, Doty 1997, Larsen 1997, Zehfuß 1998, Diez 1999, Milliken 1999, Neumann 1999, 2002, Sconieczny 2001, Payne 2001, Adler 2002, Hülsse 2003.
- ⁶⁷ Liftin 1994, zitiert nach Milliken 1999. Der Artikel Millikens bietet den meiner Ansicht nach umfassendsten Überblick über diskursive Ansätze in der Disziplin Internationale Beziehung.
- ⁶⁸ Einen vielzitierten Beitrag leistete etwa Rorty (1992 [1967]) mit der Herausgabe des ersten Sammelbandes zum »linguistic turn« in den Geisteswissenschaften.
- ⁶⁹ Neben den nachfolgend zitierten Beispielen findet der Pragmatismus beispielsweise Erwähnung bei: Brown 1994, Puchala 1995, Hollis 1995, Smith 1996, Nonhoff 1998 und Adler 2002.
- ⁷⁰ Die von Habermas vertretene formale Pragmatik – mitunter auch als Universalpragmatik bezeichnet – weist deutliche Unterschiede zur Sichtweise Rortys auf (vgl. Habermas 1999: 230–270). Die Verwendung des Vokabulars von Habermas ermöglicht Müller und Risse etwa zwischen verschiedenen kommunikativen Handlungsformen zu unterscheiden. Aus der Sicht Rortys scheinen derartige Unterscheidungen hingegen wenig nützlich.
- ⁷¹ Vgl. Hellmann 2000 und 2002.
- ⁷² Das von der DFG geförderte Projekt „Deutsche Europapolitik – Regieren in einem sich wandelnden Europa“ baut auf die Akteur-Struktur-Debatte in den Internationalen Beziehungen sowie die pragmatische Handlungs- und Erkenntnistheorie auf. Das interaktionistische Modell zeichnet das komplexe Wechselspiel zwischen deutscher Europapolitik und europäischem Regieren nach, um Veränderungen deutscher Politik erklären zu können.

- ⁷³ Da der Name Rorty mit dem „Tod der Epistemologie“ in Verbindung gebracht wird mag es verwunderlich wirken, sich in erkenntnistheoretischer Hinsicht auf ihn berufen zu wollen. Rorty geht es weniger darum, den Begriff »Erkenntnis« aus unserem Vokabular zu verbannen. Er hält lediglich die Vorstellungen von Erkenntnis als einer objektiven und letztgültigen Größe für unangemessen.
- ⁷⁴ Eine »metaphysische Kontamination« der theoretischen Grundlagen findet in meinen Augen immer dann statt, wenn Bedeutungen einer Sache als natürlich dargestellt werden. Metaphysisch inspirierte Gedanken wie »Menschenrechte sind an sich etwas Gutes« sind sympathisch, weil sie Ausdruck des von vielen geteilten Wunsches sind, menschliches Leid auf der Welt verringern zu wollen. In erkenntnistheoretischer Hinsicht machen sie jedoch keinen Sinn. Die Aussage teilt uns nichts über Eigenschaften der Sache »Menschenrechte« mit, sondern allein darüber, welche Bedeutung Menschen diesen Rechten zuschreiben und wie sie in der Praxis mit ihnen umgehen wollen. Bei Betrachtungen solcher Begriffe scheint aus pragmatischer Sicht allein interessant, wie Menschen diese Begriffe gebrauchen. Darüber hinaus gibt es über sie nichts zu wissen.
- ⁷⁵ Vgl. Ausführungen auf Seite 23.
- ⁷⁶ Vgl. hierzu Guzzini 2001: 99–103.
- ⁷⁷ Eine pragmatische Sichtweise sperrt sich nicht gegen den Gebrauch von Begriffen wie »Information«. Die Objektivität, die dem Begriff anhaftet, ist nur dann täuschend, wenn angenommen wird, Informationen seien quasi der Realität entnommen und nicht Teil einer Rechtfertigungspraxis. Der Begriff »Information« unterstellt nicht die Behauptung, eine *Bewertung* dieser Ereignisse *hinsichtlich* ihrer Bedeutsamkeit für die Anerkennungspolitik sei mühelos zu erzielen. (Zum Begriff der Objektivität vgl. Rorty 1994: 42, Rogg 1998: 78/90)

- ⁷⁸ Eine chronologische Berichterstattung über den Jugoslawienkonflikt liefern die entsprechenden Jahrgänge des Archivs der Gegenwart (im folgenden zitiert als AdG mit Jahr und fortlaufender Seitennumerierung). Eine ausführliche Chronologie des Jugoslawienkonfliktes findet sich in Auswärtiges Amt 1993a. Darstellungen der Ereignisse aus Sicht der deutschen Diplomatie bieten Studnitz 1993, Eiff 1993, 2002, Wrede 1993, Grabert 1993, 1996, Genscher 1999, Libal 1994, 1997, 2002. Darstellungen US-amerikanischer Politiker und Diplomaten stammen von Gompert 1994, Baker 1995, Zimmermann 1995, Zimmermann 1996. Weitere Berichte von Ereignissen, die im Zusammenhang mit der Anerkennung stehen, finden sich bei Wynaendts 1993, Owen 1995, Dumas 1996 und Vedrine 1997. Mittlerweile sind zahlreiche umfassende Zusammenschauen des Jugoslawienkonfliktes erschienen, die oftmals auch eine Chronologie der Ereignisse beinhalten. Häufig zitierte Werke sind: Glenny 1992, Woodward 1995, Silber/Little 1995 und Meier 1999. Eine umfassende Bibliographie zum Krieg in Kroatien und Bosnien haben Basic et al. 1997 zusammengestellt.
- ⁷⁹ Vgl. Frankfurter Rundschau, Günther Graffenberger, „Kroatische Besetzer räumten Göteborger Konsulat“, 12.2.1971.
- ⁸⁰ Vgl. Rheinischer Merkur, Gustav Chalupa, „Jugoslawien. Gefahr für Titos Staat. Zunehmender Nationalismus in Kroatien“, 13.11.1971.
- ⁸¹ Eine ausführlichere Darstellung der Ereignisse vor 1989 findet sich bei Meier 1999.
- ⁸² Diese Verfassungsänderung wurde vom jugoslawischen Verfassungsgericht Anfang 1990 für ungültig erklärt (Radan 1997: 540, AdG 1990: 34204A).
- ⁸³ Während einer Übergangszeit von 1974 bis zum Tode Titos im Jahr 1980 verfügte Jugoslawien über einen eigentümlichen Staatsaufbau. Ein individuelles (Tito) und ein kollektives Präsidialorgan (Staatspräsidium) existierten mit konkurrierenden

Kompetenzen nebeneinander. Das Staatspräsidium wurde 1974 eingerichtet, um nach dem Tode Titos die Präsidialfunktion fortzuführen. Nach 1980 stellte das Staatspräsidium das Staatsoberhaupt Jugoslawiens. Dieses Amt wechselte turnusmäßig unter den Vertretern der Republiken. Das Staatspräsidium sollte die nationale Integration gegenüber der auf parlamentarischer Ebene weit fortgeführten Föderalisierung sichern (Roggemann 1980: 85). Die vollziehende Regierungsgewalt hatte der Bundesexekutivrat inne. Dieser Rat entsprach in seiner Funktion einer Bundesregierung, seine Bezeichnung war Ausdruck der räte-demokratischen Verfassung Jugoslawiens. Ministerpräsident Marković war letzter Vorsitzender dieses Rates. Der letzte von allen Republiken akzeptierte Präsident war der Kroate Mesić.

⁸⁴ Kroatien verdächtigte die Bundesarmee, einen Militärcoup in Kroatien zu planen. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung stand ein angeblich gefälschtes Video, welches den kroatischen Verteidigungsminister Špegelj bei Verhandlungen über illegale Waffenlieferungen zeigte. Eine Darstellung dieser Ereignisse aus kroatischer Sicht findet sich bei Letica/Nobilo 1991. Auch Deutschland wurde verdächtigt, illegal Waffen und militärische Unterstützung nach Kroatien geliefert zu haben. Am 2.1.1992 überstellte Belgrad ein Memorandum an den UN-Sicherheitsrat, worin Ungarn, Deutschland und Österreich vorgeworfen wurde, das von der UN verhängte Waffenembargo zugunsten Kroatiens verletzt zu haben. Im Memorandum werden detailliert Angaben über Daten und Arten der an Kroatien gelieferten Waffen sowie über Banken, Konzerne und Einzelpersonen angeführt (AdG 1992: 36383A). Ähnliche Vorwürfe gegen Deutschland werden von Ronnefeld 1996 und Hartman 1998 erhoben. Die Europäische Beobachtermission sichtete 1992 wiederholt den in Deutschland hergestellten Kampfpanzer Leopard bei kroatisch-bosnischen Einheiten und berichtete über häufige Besuche deutscher Waffenhändler beim kroatisch-bosnischen Verteidigungsminister. Von deutscher Seite wurden diese Anschuldigungen mit Verweis auf das Fehlen verwertbarer Belege zurückgewiesen (vgl. Preisinger 1994: 9).

- ⁸⁵ Persönliches Interview mit John Fox, 6.5.2002; vgl. auch Both 2000: 71–72.
- ⁸⁶ Persönliches Interview mit Michael Libal, 30.5.2002.
- ⁸⁷ Eine Übersicht über die Abstimmung der EG-Mitgliedsstaaten von Ende 1990 bis Juni 1991 findet sich bei Both 2000: 69–100.
- ⁸⁸ Schlußfolgerungen der EG-Präsidentschaft (Italien), Europäischer Rat in Rom, 28./29.10.1990, zitiert nach Both 2000: 89.
- ⁸⁹ Zu diesem Zeitpunkt befaßten sich die Minister zum ersten Mal mit diesem Thema. In der Abschlusserklärung des Europäischen Rates im Rom, Ende November 1990, findet sich zwar bereits eine Referenz zur territorialen Integrität Jugoslawiens. Dieser Passus wurde aber ohne vorhergehende Diskussion aufgenommen (vgl. Both 2000: 89). Bis Mai 1991 beschäftigten sich allenfalls die Politischen Direktoren der Außenminister mit dem Thema Jugoslawien.
- ⁹⁰ Zur Wahrnehmung der Ereignisse in Borovo Selo als serbische Aggression vgl. Kapitel 4.4.2.
- ⁹¹ In dieser Erklärung wurde das Interesse an der Einheit und Integrität Jugoslawiens bestätigt. Zugleich wurde erstmals festgestellt, daß es allein den Völkern Jugoslawiens obliege, über die Zukunft des Landes zu entscheiden (vgl. Wrede 1993: 14). Die entsprechende Formulierung wurde aus einer tags zuvor verabschiedeten Resolution des Deutschen Bundestages übernommen (vgl. Resolution des Deutschen Bundestages 12/795, „Zur Krise in Jugoslawien“, 19.6.1991.).
- ⁹² Die »Troika« setzte sich zusammen aus Vertretern der amtierenden, der vorangegangenen und der folgenden EG-Präsidentschaft. An der ersten und zweiten Troika waren der italienische, luxemburgische und niederländische Außenminister beteiligt.

Der italienische Außenminister schied aufgrund des Wechsels der Präsidentschaft an die Niederlande aus und wurde durch seinen portugiesischen Kollegen ersetzt.

- ⁹³ Vgl. auch die Darstellung von Studnitz, der Deutschland im Ausschuß der Hohen Beamten vertrat (von Studnitz 1993). Nach Einschätzung von Studnitz wurde durch die Arbeit der KSZE der Weg für die Einschaltung der Vereinten Nationen gebahnt (ebd. 1993: 85). Die Beschlußfassung im Ausschuß Hoher Beamter gestaltete sich schwierig, da dieser an das Konsensprinzip der KSZE gebunden war und somit auch die Zustimmung der Vertreter Jugoslawiens erforderte. Genscher, der zu dieser Zeit den Vorsitz innehatte, nutzte die KSZE, um parallel zur EG-Troika Einfluß auf die Entwicklungen in Jugoslawien nehmen zu können.
- ⁹⁴ Persönliches Interview mit Ernst-Jörg von Studnitz, 16.5.2002.
- ⁹⁵ Der deutsche Vorschlag wurde von Dänemark, Italien und in geringerem Ausmaß von Luxemburg und Belgien unterstützt. Die niederländische Präsidentschaft vermied eine ausdrückliche Verurteilung Serbiens (vgl. Both 2000: 104).
- ⁹⁶ Das Ansinnen der kroatischen Regierung, die Beobachtermission auf Kroatien auszuweiten, wurde von der Europäischen Gemeinschaft zunächst abgelehnt, obschon sich in Slowenien die Situation beruhigte, während in Kroatien gewalttätige Auseinandersetzungen weiterhin zunahmen. Erst Mitte August wurde die Mission mit der Beobachtung der Geschehnisse in Kroatien beauftragt.
- ⁹⁷ Eine Darstellung dieser Mission findet sich bei Wynaendts 1993.
- ⁹⁸ Tudjman sah die Zerstörung Vukovars beziehungsweise die westliche Wahrnehmung dieses Ereignisses als maßgeblich für die Anerkennungsbemühungen Kroatiens an: „Croatia was al-

most alone in the world. Searching for recognition. The problem lasted until the Serbs closed in on Vukovar.“ (Franjo Tudjman, in einem Interview mit der BBC (BBC 1996: III. Teil).

- ⁹⁹ Die USA und die UdSSR sicherten dieser europäischen Initiative in einer gemeinsamen Erklärung vom 18.10.1991 ihre volle Unterstützung zu. (vgl. Introductory Note, 31 I.L.M. 1488 (1992)). (Für Quellenangaben aus *International Legal Materials* (I.L.M.) wird die dort angegebene offizielle Zitierweise verwendet. Die erste Zahl bezieht sich auf den Jahrgang (hier: 31) die zweite Zahl auf die erste Seite, auf der das Dokument abgedruckt ist (hier: 1488)).
- ¹⁰⁰ Persönliches Interview mit Michael Libal, 30.5.2002.
- ¹⁰¹ Wiedergegeben in: Europa-Archiv, Folge 21 / 1991, D543–544.
- ¹⁰² Nach Angaben von kroatischen Medien (sic!) rüstete Kroatien unterdessen weiter auf und begann mit dem serienmäßigen Bau von Schützenpanzern, Maschinengewehren und Granatwerfern. Zudem hatte sich Kroatien zu diesem Zeitpunkt mit Panzer- und Flugabwehrraketen versorgt (vgl. AdG 1991: 36022).
- ¹⁰³ Van den Broek konkretisierte seine Ausführungen gegenüber der österreichischen Tageszeitung Die Presse, am 18.10.1991.
- ¹⁰⁴ Die Niederlande waren vom Nutzen einer Anerkennung nicht überzeugt, teilten aber die deutsche Analyse, daß ein Weg gefunden werden müsse, Serbien zu isolieren. Zudem waren die Niederlande bestrebt, ihre Präsidentschaft mit einem Erfolg abschließen zu wollen, und fürchteten ein Auseinanderbrechen der gemeinsamen Haltung der EG-Mitgliedsstaaten (vgl. Both 2000: 124).
- ¹⁰⁵ Eine Darstellung der Rolle von UNO, OSZE, EU und NATO in Jugoslawien findet sich bei Giersch 1998.

- ¹⁰⁶ Auf der Arbeitsebene des Auswärtigen Amtes spielte die Frage der Anerkennung bis Anfang November 1991 praktisch keine Rolle (Persönliches Interview mit Michael Libal, 30.5.2002).
- ¹⁰⁷ Anerkennungsgegner wie US-Botschafter Zimmermann kritisierten, daß diese Proteste mit so wenig Nachdruck vorgetragen worden seien, daß die europäische Diplomatie nur den Eindruck erlangen konnte, die USA wollten dieses Vorhaben nicht ernsthaft verhindern (vgl. Zimmermann 1996: 176).
- ¹⁰⁸ Vgl. Libal 1997: 79 und Genscher 1999: 958, Bundeskanzler Kohl zitierend.
- ¹⁰⁹ An dem Treffen nahmen neben Bundeskanzler Helmut Kohl der italienische Premierminister Giulio Andreotti, der belgische Premierminister Wilfried Martens, der luxemburgische Premierminister Jacques Santer, der niederländische Premierminister Ruud Lubbers und der griechische Premierminister Konstantin Mitsotakis teil (Both 2000: 131).
- ¹¹⁰ Diese Darstellungen erwiesen sich als übertrieben. Tatsächlich nahm die Altstadt von Dubrovnik kaum ernsthaft Schaden. Filmmaterial, das die Zerstörung vermeintlich dokumentierte, wurde in Vukovar aufgenommen (vgl. Brock 1993: 153).
- ¹¹¹ Vgl. The New York Times, Stephen Kinzer, „Germans Follow Own Line on Yugoslav Republics“, 8.12.1991.
- ¹¹² Die Badinter-Kommission hatte ihr Gutachten bereits am 29.11.1991 vorgelegt. Das Gutachten wurde von der niederländischen EG-Präsidentschaft am 7.12.1991 veröffentlicht. Für das Gutachten siehe [31 I.L.M. 1494 (1992)].
- ¹¹³ Persönliches Interview mit Jürgen Chrobog, 31.5.2002.

- ¹¹⁴ Eine deutsche Übersetzungen des gesamten Briefwechsels findet sich in Versöhnung: Rundbrief des Internationalen Versöhnungsbundes 2/1996: 8–10. Die englische Fassung des ersten Briefes von de Cuéllar ist bei Trifunovska 1993 (Doc. 142) wiedergegeben.
- ¹¹⁵ The New York Times, Paul Lewis, „U.N. Yields to Plans by Germany To Recognize Yugoslav Republics“, 16.12.1991.
- ¹¹⁶ Crawford 1996: 515, Aussage Genschers gegenüber Crawford.
- ¹¹⁷ Tudjman fürchtete, der Vance-Plan sichere den Fortbestand serbischer Bezirksverwaltungen in Kroatien. Er stimmte dem Plan erst nach der Vermittlung Genschers zu, der die Entwaffnung der Milizen in den serbisch kontrollierten Gebieten zusicherte. Tatsächlich führten die Vereinten Nationen diese Entwaffnung nicht durch (vgl. Genscher 1999: 964).
- ¹¹⁸ Libal verweist auf den Umstand, der Ministerbeschluß hätte die Anerkennung nicht fest genug an Bedingungen geknüpft: „It should be noted here that the declaration spoke of commitments to certain principles, not of their definite implementation in practice as a condition for recognition“ (Libal 1997: 84). Das Auswärtige Amt hatte bereits Anfang Dezember ein Gutachten in Auftrag gegeben. In diesem Gutachten bescheinigte der Völkerrechtler Christian Tomuschat, der verfassungsrechtlich verankerte Minderheitenschutz Kroatiens habe „vorbildhafte Bedeutung“ für Europa (zitiert nach Genscher 1999: 961). Einen Monat später sollte die Badinter-Kommission allerdings noch Vorbehalte gegen die Anerkennung Kroatiens formulieren.
- ¹¹⁹ Persönliches Interview mit Jürgen Chrobog, 31.5.2002. Eine abweichende Darstellung findet sich bei Both (2000: 134), der – den niederländischen Politischen Direktor van Walsum zitierend – von einer vollständigen Isolierung Deutschlands ausgeht.

- ¹²⁰ Vgl. auch Newhouse 1992: 65–66, Both 2000: 135. Diese Darstellungen widersprechen einem Bericht des Economist, indem von einer ausdrücklichen Verknüpfung zwischen Zusagen Deutschlands in Maastricht und dem britischen Entgegenkommen bei der Frage der Anerkennung die Rede ist (Vgl. The Economist, „Wreckognition“, 18.1.1992).
- ¹²¹ Thumann spricht von einem „Schock“ für die deutsche Diplomatie (Thumann 1997: 581). Vgl. auch The New York Times, Stephen Kinzer, „Slovenia and Croatia Get Bonn’s Nod“, 24.12.1991.
- ¹²² Vgl. [31 I.L.M. 1497 (1992)].
- ¹²³ Der Empfehlung lag ein Brief von Präsident Tudjman bei, der kurz zuvor bei Badinter eingegangen war und den dieser kommentarlos weiterleitete. In diesem Brief kündigte Tudjman Nachbesserungen an, die in die Empfehlung der Kommission nicht eingeflossen waren.
- ¹²⁴ In den darauffolgenden Tagen wurden Kroatien und Slowenien von einer Reihe weiterer Staaten anerkannt, darunter von Argentinien, Australien, Kanada, Rußland und Japan. Beide Länder wurden am 22.5.1992 in die Vereinten Nationen aufgenommen (vgl. Rich 1993: 49).
- ¹²⁵ Zur Deutung der »serbischen Okkupation Kroatiens« siehe Seite 49.
- ¹²⁶ Vgl. Baker 1995: 640–641, Libal 1997: 145, Genscher 1999: 966.
- ¹²⁷ Griechenland betrachtete sowohl die Wahl des Namens als auch der Staatssymbole als Versuch der jugoslawischen Republik, sich griechisches Kulturgut widerrechtlich anzueignen und fürchtete die Forderung nach einem unabhängigen »Mazedonien«, das später auf eine Vereinigung mit der angrenzenden griechischen Republik »Mazedonien« hätte drängen können.

- ¹²⁸ Siehe Ausführungen auf Seite 47.
- ¹²⁹ Eine Darstellung dieser Sinnzusammenhänge ist allenfalls in kleinen Ausschnitten möglich. Entsprechend der postmodernen Bedeutungstheorie, welche die Grundlage dieser Arbeit bildet, hängen alle Begriffe zusammen; die Bedeutung eines Zeichens ist im ständigen Fluß und verliert sich in der unendlichen Verweiskette der Signifikanten. Nur wenige grundlegende solcher Zusammenhänge vermag die vorliegende Arbeit daher aufzeigen. Dennoch hoffe ich, verdeutlichen zu können, wie Deutungen von Situationen bestimmte Handlungslogiken nahelegen, der sich Mitglieder einer Diskursgemeinschaft nur schwer entziehen können.
- ¹³⁰ Das Gespräch fand am 14.8.1990 zwischen dem außenpolitischen Berater Kohls Teltschik und dem Abgeordneten des kroatischen Parlaments Milas statt (Teltschik 1991: 347). Das Gespräch war von Reißmüller, einem Herausgeber der FAZ, vermittelt worden. Milas sprach von der Schaffung einer jugoslawischen Konföderation, nicht jedoch von Sezession.
- ¹³¹ Persönliches Interview mit Horst Teltschik, 18.7.2001.
- ¹³² Eine Darstellung der kroatischen Lobbyarbeit in Deutschland findet sich bei Ivanković 1996. Zu den Demonstrationen siehe ebenda: 19.
- ¹³³ Erklärung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit zu Jugoslawien, Luxemburg/Brüssel, 9.5.1991, wiedergeben in: Europa-Archiv, Folge 21 / 1991, D528.
- ¹³⁴ Kurz vor dem KSZE Gipfeltreffen in Berlin, im Juni 1991, sagte die EG Jugoslawien einen Kredit über 4 Milliarden US\$ zu, falls Jugoslawien geeint bleiben würde (Zimmermann 1996: 138).

- ¹³⁵ Vgl. „Erklärung des Außenministerrates der KSZE zu Jugoslawien“, abgeben am 19.6.1991 in Berlin; wiedergegeben in Europa Archiv, Folge 14/1991: D355 und Resolution des Deutschen Bundestages 12/795, „Zur Krise in Jugoslawien“, 19.6.1991. Ausführungen zur Verabschiedung der KSZE-Resolution finden sich bei Genscher 1999: 936.
- ¹³⁶ Persönliches Interview mit Jürgen Chrobog, 31.5.2002.
- ¹³⁷ Zuständiger Abteilungsleiter war Ernst-Jörg von Studnitz, zu den weiteren Mitarbeitern des Referats gehörte Hans-Heinrich Wrede. Die einschlägigen Veröffentlichungen Libals, Wredes und von Studnitz werden nachfolgend zitiert.
- ¹³⁸ Persönliches Interview mit Michael Libal, 30.5.2002.
- ¹³⁹ Vgl. Der Spiegel, „Brennend nach Aktion“, 26.6.1995 und Persönliches Interview mit Helmut Schäfer, 29.6.2001.
- ¹⁴⁰ Die PDS hatte in dieser Wahlperiode keinen Fraktionsstatus inne. Sie bleibt außen vor, wenn ich im folgenden davon spreche, daß alle Fraktionen im Bundestag die Anerkennung unterstützen.
- ¹⁴¹ Unter anderen nahmen an diesen Treffen teil: Hornhues (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, CDU), Karl Lamers (Vorsitzender der AG Außenpolitik, CDU), Irmer (FDP); Poppe (Bündnis90/Grüne), Voigt (SPD), Gansel (SPD) und wechselnde Vertreter des Auswärtigen Amtes, wie Schäfer, Libal, Chrobog oder Genscher.
- ¹⁴² Parlamentarische Protokolle, Gerd Poppe, Bundestagsdebatte 12/9: 408, 21.2.1991.
- ¹⁴³ Die Formulierung stammt aus einem persönlichen Interview mit einem damaligen Außenpolitischen Sprecher einer Bundestagsfraktion.

- ¹⁴⁴ ebenda.
- ¹⁴⁵ Presseerklärung, Die SPD im Deutschen Bundestag, „Gansel: Europa darf Jugoslawien nicht allein lassen.“, 23. 5.1991.
- ¹⁴⁶ Vgl. Frankfurter Rundschau, „Streit über die Anerkennung“, 14.10.1991.
- ¹⁴⁷ Diese Einschätzung wurde von damaligen Obleuten in persönlichen Interviews vorgetragen.
- ¹⁴⁸ Eine Beschreibung der Ereignisse aus serbischer Sicht findet sich bei Beham 1996.
- ¹⁴⁹ taz, Peter Glotz, „Die deutsche Lesart“, 22.8.1992.
- ¹⁵⁰ 1992 organisierte die taz eine Serie „Europa im Krieg“ in dem insbesondere Autoren aus der Krisenregion ein Forum für ihre unterschiedlichen Ansichten geboten wurde. Die Serie wurde in Spanien von »El Pais«, dem Wiener »Standard« und dem Züricher »Tages-Anzeiger« übernommen und erschien im selben Jahr in Buchform (Edition Suhrkamp1992). In dieser Reihe kam auch der Autor Peter Handke zu Wort, dessen an anderer Stelle erhobene Forderung „Gerechtigkeit für Serbien“ später als historische Dummheit ausgelegt werden sollte. (Vgl. Süddeutsche Zeitung, Peter Handke, „Gerechtigkeit für Serbien“, 5.1.1996, 13.1.1996 und Die Zeit, Andreas Kilb, „Gerechtigkeit für Serbien“, 19.1.1996).
- ¹⁵¹ Institut für angewandte Sozialforschung (Infas), Meinungsreport, dpa Nachrichtenabteilung / Ref. II A5, 30.7.1991, zitiert nach Crawford 1996: 502. Crawford zitiert diese Umfragen als Beleg, daß die deutsche Politik nicht von der öffentlichen Meinung getrieben worden sein könne. Ihrer Ansicht nach stieg die Präferenz für Anerkennung in der Öffentlichkeit erst zu einem Zeitpunkt, als sich die Regierung bereits auf eine Anerkennung festgelegt hatte.

- ¹⁵² Vgl. Parlamentarische Protokolle, Volkmar Köhler, Bundestagsdebatte 12/9: 3497, 20.9.1991.
- ¹⁵³ Bild, 31.8.1991, zitiert nach Thuman 1997: 577.
- ¹⁵⁴ Bild, 9.10.1991, zitiert nach Thuman 1997: 577.
- ¹⁵⁵ Eine ausführliche Darstellung mit Nennung maßgeblicher Akteure findet sich bei Ivanković 1996.
- ¹⁵⁶ Süddeutsche Zeitung, Peter Sartorius, „Zagreb: Otto von Habsburgs zäher Kampf um ein unabhängiges Kroatien. Des Kaisers Sohn auf dem Schachbrett des Todes“, 19./20.10.1991.
- ¹⁵⁷ Persönliches Interview mit Otto von Habsburg, 9.7.2001.
- ¹⁵⁸ Die damalige Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Rita Waschbüsch, setzte sich öffentlich für die Anerkennung ein (vgl. Presseerklärung, ZdK Mitteilung, 16.8.1991), ebenso der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann. Dieser forderte die Anerkennung etwa in einem offenen Brief an den deutschen Bundeskanzler (dpa Meldung 051434, 5.9.1991). Der damalige Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Bonn, Paul Bocklet, kann sich indes nicht entsinnen, für die kroatische Sache tätig geworden zu sein. Persönliches Interview mit Paul Bocklet, 5.7.2001.
- ¹⁵⁹ Diese Zweifel wurden durch den damaligen Under Secretary of State, Lawrence Eagleburger, während eines Hearings des Senate Foreign Relations Committees erstmals öffentlich ausgesprochen, indem er Milošević ungewöhnlich scharf kritisierte. Vgl. Testimony before the Senate Foreign Relations Committee, Lawrence Eagleburger, 15.3.1989.
- ¹⁶⁰ Vgl. beispielsweise CNN-Transcripts, Crossfire, 2.7.1991; The New York Times, Thomas Friedman, „Conflict in Yugoslavia – War in Yugoslavia feared by Baker“, 4.7.1991.

- ¹⁶¹ Bis 1993 verließen aus dem gleichen Grund drei weitere Mitarbeiter das State Department: Marshall Freeman Harris, Richard Johnson und Stephen Walker.
- ¹⁶² Kenney zitiert in: *The Washington Post*, Don Oberdorfer, „U.S. Aide Resigns Over Balkan Policy; Administration’s Handling of Civil War Decried as ‚Ineffective‘“, 26.8.1992. Kenney forderte damals eine militärische Intervention der USA in Bosnien. Später revidierte er diese Position und verurteilte sie als einseitige Parteinahme gegen die Serben (Kenney 1996, 1997).
- ¹⁶³ *The New York Times*, David Binder, „U.S. Set to Accept Yugoslav Breakup“, 12.3.1992.
- ¹⁶⁴ Persönliches Interview mit John Fox, 6.5.2002.
- ¹⁶⁵ Persönliches Interview mit Brent Scowcroft, 14.2.2001. Vgl. auch Baker 1995: 636.
- ¹⁶⁶ Persönliches Interview mit John Fox, 6.5.2002.
- ¹⁶⁷ Baker berichtet in seinen Memoiren, die USA hätten aus Rücksicht auf die Bemühung des UN-Vermittlers Cyrus Vance mit der Anerkennung warten wollen, bis UN-Friedenstruppen in Kroatien stationiert waren: „This put us in a difficult position domestically with the Croatian-American lobby, but I told the President at lunch on January 24, ‘We can and should take the public and congressional heat. We should do all we can to support Vance’s efforts, because our best hope for resolving the crisis is maintenance of the cease-fire and introduction of U.N. peacekeepers.’ The President agreed, and so we waited“ (Baker 1995: 639).
- ¹⁶⁸ James Baker, Hearing of the Commerce, Justice, State & Judiciary Subcommittee of the Senate’s Appropriations Committee, 5.3.1992.

- ¹⁶⁹ Federal News Service 1992: Foreign Aid. Washington D. C.: 25.2.1992.
- ¹⁷⁰ James Baker, Hearing of the Commerce, Justice, State & Judiciary Subcommittee of the Senate's Appropriations Committee, 5.3.1992.
- ¹⁷¹ Section 599A, Foreign Operations, Export Financing, and Related Programs Act for fiscal year 1991 (P.L. 101–513).
- ¹⁷² Das Amendment kommt Forderungen von Abgeordneten, Menschenrechtsgruppen und Senatoren nach, finanzielle Hilfe für Jugoslawien an die Garantie der Menschenrechte und die Durchführung von freien und gleichen Wahlen in allen sechs Republiken zu binden. Aufgrund des Widerstands des State Departments und einzelner Abgeordneter (insbesondere Helen Bentley) wurde bis zum in Kraft treten der Sanktionen eine sechs Monatsfrist vereinbart, während der die US-Regierung die Stornierung des Amendments hätte verhindern können, wenn in Jugoslawien Anzeichen für eine verbesserte Menschenrechtssituation auszumachen gewesen wären (vgl. Paulsen 1995: 30–33).
- ¹⁷³ Die meisten Auswanderer aus Jugoslawien leben in den Kohle- und Stahl-Regionen Pennsylvanias und Ohios. In der Region um Chicago leben rund 300 000 Auswanderer aus Jugoslawien, etwa 150 000 Kroaten und Slowenen sowie die gleiche Anzahl Serben (vgl. The New York Times, Bruce Lambert, „Conflict in Yugoslavia: For Yugoslav-Americans, Partisan Emotions and Worries Over the Bloodshed“, 30.6.1991).
- ¹⁷⁴ Die CNN-Korrespondentin Christiane Amanpour wurde zusammen mit Roy Gutman von Newsday und John F. Burns von der New York Times vom bosnischen Co-Premierminister Harris Silajdzic als die bosnische „Artillerie“ bezeichnet; sie hätten Bosnien „gerettet“ und besäßen in Sarajevo einen „Heldensstatus“ (vgl. Washington Post, Mary McGrory, „From Bosnia, With Gratitude“, 23.10.1997, Übersetzung RP).

- 175 Vgl. auch Kenney 1996.
- 176 Frage: „Do you happen to know the name of the former communist country in which there has been a prolonged civil war between the various republics?“
Ergebnis: Yugoslavia – 21 %; Other answer – 39 %; Not sure – 40 %: Princeton Survey Research Associates (Public Opinion Online), 28.5.1992–10.6.1992.
- 177 Frage: „Thinking about what you may have heard or read, do you tend to support the Serbs or the Bosnians (in the fighting in what used to be Yugoslavia)?“
Ergebnis: Support Serbs – 16 %; Support Bosnians – 16 %; Not sure – 68 %: Harris Poll (Public Opinion Online), 17.7.1992–19.7.1992.
- 178 Frage: „Do you happen to know the name of the province in Yugoslavia where there is conflict between Serbians and ethnic Albanians? (If yes, ask:) Which province?“
Ergebnis: Kosovo – 66 %; All other answers – 7 %; Don't know/Refused – 27 %: Princeton Survey Research Associates (Public Opinion Online), 15.4.1999–19.4.1999.
- 179 Washington Post, Donnie Radcliff, „Croatia's Emissary, Odd Man Out. Surgeon Frane Golem, Operating For Recognition of a Free State“, 16.1.1992; Yugoslavian-Croatian News Conference, Federal News Service, 28.1.1991.
- 180 Die Praxis von Regierungen, auch im Ausland PR-Firmen zu engagieren, ist verbreitet. \$16.000 pro Monat sind hierfür eine eher bescheidene Summe. Kuwait zahlte \$11.000.000 an Hill & Knowlton, um Emotionen gegen die Invasion durch den Irak schüren zu lassen. Nach Beendigung des Golfkrieges wurde Hill & Knowlton aufgrund der systematischen Verbreitung von Falschmeldungen scharf kritisiert. Vgl. The Denver Post, Lars-Eric Nelson, „Clinton Nominee Flacked Phoney Atrocities to Whip up War Fever“, 19.5.1994; taz, Maggie O'Kane, „Das vergessene Blut am Golf“, 19.1.1996.

- ¹⁸¹ The Independent, Tom O’Sullivan, „Truth is the First Casualty in PR Offensive“, 21.10.1992.
- ¹⁸² Ob die Firma das Angebot annahm, ist unklar. Vgl. die unterschiedlichen Angaben in: The Observer, „Ad Lib (Ad Nauseam): ... and armour.“, 20.10.1991 und The Times, „Selling of Serbia.“, 18.10.1991.
- ¹⁸³ USA Weekend, Johanna Neuman, „Croats, Serbs Wage Media War in USA“, 23.5.1992.
- ¹⁸⁴ Die Einschätzung, die serbische Seite sei ab 1992 im öffentlichen Diskurs unterlegen, wurde in Interviews auch von Mitarbeitern des State Departments und des Kongresses vertreten.
- ¹⁸⁵ The New York Times, Stephen Kinzer, „Germans Follow Own Line on Yugoslav Republics“, 8.12.1991.
- ¹⁸⁶ Während in Deutschland die Loslösung Kroatiens aus der jugoslawischen Staatengemeinschaft meist unter dem Stichwort Unabhängigkeitsstreben diskutiert wurde, war in den USA der Begriff »secession« gebräuchlicher. »Unabhängigkeitsstreben« weist eine positive, »Sezession« eine negative Konnotation auf. Dies ist insbesondere in den USA der Fall, wo das moderne Amerika als das Produkt eines gegen die Sezessionisten gewonnenen Bürgerkriegs wahrgenommen wird, in dem Demokratie und Fortschritt gegen die rückständigen Südstaaten verteidigt werden mußten (vgl. Mühlen 1992: 52).
- ¹⁸⁷ Interview mit Lawrence Eagleburger, The McNeil/Lehrer Newshour, 2.7.1991.
- ¹⁸⁸ Die Darstellung des Konfliktes als Bürgerkrieg wird noch heute von deutschen Diplomaten als folgenschwere Fehlwahrnehmung kritisiert. Vgl. Libal. 1997: 125.
- ¹⁸⁹ Interview mit Volker Rühle, Deutschlandfunk, Informationen am Morgen, 1.7.1991.

- ¹⁹⁰ Vgl. Baker 1995.
- ¹⁹¹ Die Einschätzung, der Diskurs sei entgleist, wurde in persönlichen Interviews von mehreren deutschen Diplomaten getroffen. Ein anderer Diplomat drückte sich mit den Worten aus, man sei damals in der Überzeugung, westliche Werte und Selbstbestimmung zu vertreten, „völlig besoffen“ gewesen.
- ¹⁹² Die Lesart des Leiters der EG-Beobachtermission könnte als eine Lesart »sui generis« aufgefaßt werden. Vgl. Kapitel 4.4.1.
- ¹⁹³ Mit «Metakategorien» drücke ich aus, daß mit diesem Oberbegriff unterschiedliche Akteursgruppen anhand eines Merkmales in einer Gruppe zusammengefaßt werden.
- ¹⁹⁴ Arlen Specter, Senate Session on Croatian Independence and Conflict in Yugoslavia: 14099, 1.10.1991.
- ¹⁹⁵ Auch im deutschen Diskurs finden sich in diesem Zusammenhang häufig Verweise auf die Desertation, die als vernünftiges und legitimes Mittel des Widerstandes dargestellt wird. Bemerkenswert ist die Diskrepanz zwischen der unhinterfragt positiven Bewertung der Desertation im Falle der JVA und der deutschen Praxis der Behandlung der Deserteure der Wehrmacht, die bis heute nicht vollständig rehabilitiert wurden.
- ¹⁹⁶ Parlamentarische Protokolle, Hans-Dietrich Genscher, Bundestagsdebatte 12/42: 3489, 20.9.1991.
- ¹⁹⁷ Specter brachte im Senat eine Resolution ein, in der er die sofortige Anerkennung Kroatiens forderte (Senate Resolution 254, *Relative to the Recognition of Slovenia and Croatia*, 31.1.1992).
- ¹⁹⁸ Parlamentarische Protokolle, Björn Engholm, Bundestagsdebatte 12/37: 3021, 4.9.1991.
- ¹⁹⁹ Presseerklärung, Sozialdemokratischer Pressedienst, 46/182, 23.9.1991.

- 200 Senate Resolution „Condemnation of violence in Yugoslavia“, Debate, Robert Dole, 11.9.1991.
- 201 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Viktor Meier „Das Referendum in Kroatien ein Erfolg für Präsident Tudjman“, 21.5.1991.
- 202 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Johann-Georg Reißmüller, „Ein Volk hat sich verirrt“, 8.7.1991.
- 203 Die Tageszeitung, Vesna Tesnic, „Mutterkult und Marschmusik 21.9.1991.
- 204 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Johann-Georg Reißmüller, „Ein Volk hat sich verirrt“, 8.7.1991.
- 205 Reißmüller befindet sich hier im Widerspruch zu Senator Dole, der eine solche Deutung im oben wiedergegebenen Zitat ausdrücklich ablehnt. Dies erstaunt insofern, als Reißmüller und Dole prominente Vertreter der Anerkennung in Deutschland und den USA waren. Dieses Beispiel zeigt wiederum, wie die Anerkennung unter Bezug auf sich teils widersprechende Deutungen gerechtfertigt werden konnte.
- 206 Die Vorstellung eines sich irrenden serbischen Volkes finden sich in den Medien bis heute. Mappes-Niediek schrieb im Jahr 2002 über Serbien: „Ein aus nationalem Wahn erwachtes Volk, das einmal bessere Tage gesehen hat und jetzt, statt sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, lieber Geld verdienen will; [...]“ (Die Zeit, Mappes-Niediek, „Zaubern für das Wirtschaftswunder“, 21.2.2002)“. Mappes-Niediek erkennt im gesamten serbischen Volk einen „Wahn“. Anders als im Anerkennungsdiskurs wird diese Eigenschaft jedoch als nicht wesensimmanent dargestellt, sondern nur als vorübergehender Zustand.
- 207 Parlamentarische Protokolle, Günther Verheugen, Bundestagsdebatte 12/9: 410, 21.2.1991.

- 208 Parlamentarische Protokolle, Cornelia von Teichman und Logischen, Bundestagsdebatte 12/9: 409, 21.2.1991.
- 209 Interview mit Karl Lamers, Die Welt, 9.2.1992.
- 210 Deutscher Bundestag, Drucksache 12/1591. Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zur Lage in Jugoslawien, 14.11.91.
- 211 Zitiert nach Bayernkurier, 20.6.91.
- 212 Presseerklärung, Karl-Heinz Hornhues, 26.8.1991.
- 213 Die Welt, Carl Gustav Ströhm, „Kroatien wird zerhackt“, 2.8.1991.
- 214 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Johann-Georg Reißmüller, „Ein Existenzminimum für Kroatien“, 26.2.1992.
- 215 Süddeutsche Zeitung, „Verbrannte Erde in Kroatien“, 4.12.1991.
- 216 Der Spiegel, „Abschied vom Balkan“, 8.11.1991.
- 217 Von den Geschehnissen in Jugoslawien wurde oftmals auf erschütternde und traurige Art und Weise berichtet, weswegen die Konnotation des Begriffs »Drama« passend erscheint.
- 218 Robert Dole, Comments to S. Res. 176 „Condemnation of violence in Yugoslavia“, 11.9.1991.
- 219 Der Begriff „Schurke“ entspricht hier dem in englischsprachigen Diskursanalysen gebräuchlichen Begriff „villain“. Ich verwende ihn nicht als Anspielung auf den Begriff „rogue“, im Sinne von „rogue states“ (zu deutsch: Schurkenstaaten).
- 220 The New York Times, David Binder, „Conflict in Yugoslavia“, 3.6.1991.

- 221 James Baker, Hearing of the Foreign Operations Subcommittee of the Senate Appropriations Committee, 25.2.1992.
- 222 James Baker, Hearing of the Senate Commerce, Justice, State & Judiciary Subcommittee, of the Senate Appropriations Committee, 5.3.1992.
- 223 Auf die Bedeutung des Konzeptes »Vernunft« im US-amerikanischen Diskurs gehe ich im anschließenden Kapitel näher ein, vgl. Seite 127.
- 224 Interview mit Lawrence Eagleburger, The McNeil/Lehrer Newshour, 8.11.1991.
- 225 Zitiert nach: Die Zeit, Michael Thumann, „Keiner sagt mehr Danke Deutschland“, 8.3.1996.
- 226 Warren Zimmermann, „Who killed Yugoslavia“, Cable to Department of State, 12.5.1992, wiedergegeben in Zimmermann 1996: 245–254.
- 227 James Baker, Hearing of the Commerce, Justice, State & Judiciary Subcommittee of the Senate Appropriations Committee, 5.3.1992.
- 228 Der Begriff „Interpunktion“ ist Watzlawick/Beavin/Jackson (1996 [1967]: 57–61) entlehnt, die sich wiederum auf Whorf (1956) beziehen.
- 229 Watzlawick/Beavin/Jackson sehen beispielsweise im Wettrüsten ein typisches Beispiel von Interpunktionskonflikten. Dabei beziehen sie sich auf Joad 1939.
- 230 Watzlawick/Beavin/Jackson 1996 [1967]: 93.
- 231 Dabei ist eine Polarisierung erkennbar: Slowenien wird als am westlichsten und Serbien als am nicht-westlichsten beschrieben. Niemand bezeichnete Serbien als europäisch, ohne auch Slowe-

nien als europäisch zu beschreiben. Slowenien wurde hingegen als einziges Land mit »europäischer« Tradition dargestellt.

- ²³² Interview mit Lawrence Eagleburger, The McNeil/Lehrer Newshour, 8.11.1991.
- ²³³ Interview mit David Aaron, CNN Crossfire, 2.7.1991. David Aaron wurde in dem Interview in seiner Eigenschaft als Mitglied einer Task Force des National Democratic Institute befragt, welche die Fortschritte bei der Demokratisierung Jugoslawiens beobachtete.
- ²³⁴ Department of State – Regular Briefing (Federal News Service), Margaret Tutwiler, 27.6.1991.
- ²³⁵ Norman Bailey, Yugoslavian-Croatian News Conference, Federal News Service, 28.1.1991.
- ²³⁶ Bosnien-Herzegowina wird in dieser Lesart – wie im Großteil des gesamten Anerkennungsdiskurses – nicht thematisiert.
- ²³⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Johann-Georg Reißmüller, „Slowenien kann allein zurechtkommen“, 22.2.1991.
- ²³⁸ Presseerklärung, Peter Glotz, 28.6.1991.
- ²³⁹ Die Welt, Bernt Conrad, „Welt-Gespräch mit Präsident Milan Kučan über Jugoslawien“, 21.3.1991.
- ²⁴⁰ Der Spiegel, „Wir bleiben nicht bei Mördern“, 1.7.1991.
- ²⁴¹ Parlamentarische Protokolle, Günther Müller, Bundestagsdebatte 12/9: 415, 21.2.1991.
- ²⁴² Vgl. etwa taz, Erich Rathfelder, „Triumph des Völkischen. Zur Genese des serbisch-kroatischen Konfliktes“, 16.10.1991. Rathfelder weist in diesem Artikel die Schuld am serbisch-kroatischen Konflikt ausdrücklich beiden Seiten zu.

- 243 Die Welt, Carl Gustav Ströhm, „Das Ende des Traums vom multinationalen Staat“, 15.3.1991.
- 244 Ebenda. Zumindest für Kroatien ist diese Annahme nicht selbstverständlich, wie eine Dokumentation der ersten Wahlen in Kroatien nach dem Tode Tudjmans zeigt (Grlic, Raijki und Mirkovic, Igor 2001: Novo, novo vrijeme, zu deutsch: Die neue, neue Zeit). Tudjmans Partei, die HDZ, betrieb bei dieser Wahl einen anti-westlichen Wahlkampf. Die HDZ stellte ‚traditionelle‘ kroatische Werte, wie Familie und Religion, ‚westlichem‘ Werteverlust entgegen, der mit dem Beispiel der kontrollierten Abgabe von Drogen veranschaulicht wurde.
- 245 Eine ausführliche Darstellung der Identitätsforschung, die auf den Gegenstandsbereich der internationalen Beziehungen eingeht, findet sich in Neumann 1999: 1–37.
- 246 Rorty sieht einen engen Zusammenhang zwischen der Fähigkeit solidarisch zu handeln und der Fähigkeit die „Wir-Gruppe“, zu der man sich zugehörig fühlt, auszuweiten. Den Zusammenhang von Wir-Gruppe, Wir-Intentionen (Sellars) und Solidarität behandelt Rorty in 1989a: 305–320.
- 247 Die folgende Darstellung der Rechtfertigungszusammenhänge ist an Viehöver (2001: 195) angelehnt, der zwischen Problemen, Problemursachen, Problemfolgen, Problemlösungsversuchen, Konsequenzen der Problemlösungsversuche und legitimierenden Leitbildern und Prinzipien unterscheidet. Viehöver unterscheidet jedoch nicht zwischen Rechtfertigungszusammenhang und Situationsdeutung.
- 248 Den Begriff »Prinzipien« verwende ich in Fällen, in denen Sprecher den Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben, die den Regeln zukomme. Dies ist etwa der Fall, wenn sich Diskurs Teilnehmer auf Prinzipien berufen, die im Rahmen der KSZE oder der Vereinten Nationen kodifiziert wurden.

- ²⁴⁹ Resolution des Deutschen Bundestages 12/1591, „Zur Lage in Jugoslawien“, 15.11.1991.
- ²⁵⁰ Aufrufe zum Gewaltverzicht finden sich in der KSZE-Schlußakte von Helsinki (1975) in Kapitel II, IV, V und X. Diese werden in der KSZE-Charta von Paris (1990) in der Präambel und in »Leitsätze für die Zukunft: Sicherheit« bekräftigt. In der Charta der Vereinten Nationen (1945) wird in Art. 2 Abs. 4 zum Verzicht auf Gewalt aufgerufen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird in der Schlußakte von Helsinki in Kapitel I und VIII und in der Charta von Paris im Kapitel »Leitsätze für die Zukunft: Freundschaftliche Beziehungen zwischen Teilnehmerstaaten« behandelt. In der Charta der Vereinten Nationen wird es in Art. 1 Abs. 2 genannt. Die Verpflichtung zum Schutz der Minderheiten findet sich in der Schlußakte von Helsinki – Kapitel VII – und der Charta von Paris – Präambel und »Leitsätze für die Zukunft: Menschliche Dimension«. Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist in den Kapiteln I.I und III der Schlußakte von Helsinki festgehalten. Das Gebot der einvernehmlichen Lösungsfindung ist in diesen Dokumenten nicht als eigenständiges Prinzip formuliert. Da die Diskursteilnehmer die Konfliktparteien häufig zu einer einvernehmlichen Lösungsfindung aufriefen, wird diese Maxime gleichwohl im folgenden behandelt.
- ²⁵¹ Zitiert in: The New York Times, „U.S. on Secession: Maybe“, 28.6.1991.
- ²⁵² Zum Zeitpunkt der Stellungnahme Eagleburgers, Anfang Juli 1991, hatte sich die US-Administration noch ausdrücklich für den Erhalt einer Konföderation ausgesprochen. Kurze Zeit später änderte die US-Regierung in diesem Punkt ihre Haltung. Sie forderte nicht länger den Erhalt der Föderation, sondern erklärte sich bereit, alle Lösungen, die auf dem Verhandlungswege erzielt werden, zu akzeptieren.
- ²⁵³ The New York Times, David Binder, „United Yugoslavia is U.S. Policy Aim“, 1.7.1991.

- 254 Thomas Niles, Hearing of the Europe and Middle East Subcommittee of the House of Foreign Affairs Committee, 9.4.1992.
- 255 Vgl. Interview mit Lawrence Eagleburger, CNN, Evans & Novak, 29.6.1991.
- 256 Metternich setzte während des Wiener Kongresses die Wiederherstellung der politischen Ordnung Europas durch, wie sie vor der Französischen Revolution bestanden hatte.
- 257 Interview mit Lawrence Eagleburger, CNN, Evans & Novak, 29.6.1991.
- 258 Richard Johnson, Hearing of the Senate Foreign Relations Committee on Yugoslav Sanctions, 16.10.1991.
- 259 Der damalige deutsche Vertreter in diesem Ausschuß, von Studnitz, konnte sich nicht entsinnen, daß die US-Amerikaner diese Norm als Argument gegen die Anerkennung anriefen. Ein solches Argument wurde allenfalls von den Vertretern der damaligen UdSSR vorgebracht, die versuchten Serbien mit allen Mitteln zu unterstützen. Persönliches Interview mit Ernst-Jörg von Studnitz, 16.5.2002.
- 260 Erklärung der EG und der Vereinigten Staaten zur Anerkennung der jugoslawischen Republiken, 10.3.1992.
- 261 Interview mit Lawrence Eagleburger, CNN, Evans & Novak, 29.6.1991.
- 262 Auch im deutschen Anerkennungsdiskurses wurde versucht, das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht als Teil deutscher Identität zu konstruieren. Sprecher leiteten ihre Aussagen mit Sätzen wie „Es ist unsere Überzeugung, wir alle bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Diese Aussagen vermitteln dem Publikum das Gefühl, einer Gemeinschaft anzugehören, die identische Überzeugungen teilt.

- ²⁶³ Vgl. Senate Resolution 254, Relative to the Recognition of Croatia and Slovenia, 31.1.1992; Senate Resolution 224, Relative to Recognition of the Yugoslav Republics, 19.11.1991; Resolution for Action on Yugoslavia, House of Representatives, 26.11.1991.
- ²⁶⁴ U.S. Senate, Expressing the Senates Support for Democratization in Yugoslavia, 11.7.1991.
- ²⁶⁵ Der Leiter der US-Delegation einer KSZE-Konferenz zu Minderheitenfragen wies diese Auffassung ausdrücklich zurück: „I simply want to inject the notation for further consideration and discussion that the right of self-determination does not include within it the right of secession for minority groups within a state. They are separate issues. The framers of the concept within the Helsinki Final Act had no intention of legitimizing actions which should lead to the destabilization of Europe.“ (Closing Statement by Max M. Kampelman, Head of the U.S. Delegation of the Conference of National Minority Plenary, 19.7.1991, in: Commission on Security and Cooperation in Europe, Geneva Meeting, S. 100, zitiert nach Paulsen 1995: 49).
- ²⁶⁶ Für Slowenien spielte diese Frage aufgrund des geringen Anteils ethnischer Minderheiten an der Bevölkerung eine untergeordnete Rolle.
- ²⁶⁷ Vgl. etwa die Aussagen des Abgeordneten Eliot Engel (D-NY) und des Assistant Secretary of State, Thomas Niles, Hearing of the Europe and Middle East Subcommittee of the House of Foreign Affairs Committee, 26.2.1992.
- ²⁶⁸ Vgl. etwa die Aussage des Assistant Secretary of State, Thomas Niles, Hearing of the Europe and Middle East Subcommittee of the House of Foreign Affairs Committee, 31.10.1991.
- ²⁶⁹ Baker bezeichnet das Konzept der „earned recognition“ als einen Schlüsselbegriff (Baker 1995: 638).

- 270 Vgl. etwa State Department Briefing, Press Speakout with Slovenian Prime Minister Aloiz Peterle, 5.9.1991.
- 271 Interview mit Lawrence Eagleburger, The McNeil/Lehrer Newshour, 8.11.1991.
- 272 Interview mit Lawrence Eagleburger, The McNeil/Lehrer Newshour, 8.11.1991.
- 273 Interview mit Lawrence Eagleburger, CNN, Evans & Novak, 29.6.1991.
- 274 Interview mit Lawrence Eagleburger, The McNeil/Lehrer Newshour, 2.7.1991.
- 275 Vgl. auch Fußnote 165.
- 276 Die Welt, Carl Gustav Ströhm, „Kroatien wird zerhackt“, 2.8.1991.
- 277 Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Schreiben von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl an den Ministerpräsidenten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Ante Marković, 13.2.1991.
- 278 Parlamentarische Protokolle, Ulrich Irmer, Bundestagsdebatte 12/9: 404, 21.2.1991.
- 279 Parlamentarische Protokolle, Peter Glotz, Bundestagsdebatte 12/9: 404, 21.2.1991.
- 280 Presseerklärung, Hans-Jochen Vogel, Die SPD im Deutschen Bundestag, 26.6.1991.
- 281 Die USA kritisierten Deutschland ausdrücklich, das Vorhaben, keine Konfliktpartei einseitig zu unterstützen, unmöglich zu machen. Baker äußert diesen Vorwurf in seinen Memoiren. In einer Fußnote schreibt er (1995: 638): „While the Europeans

joined us in holding the line on recognition, throughout the summer and falloff 1991, we continually picked up disturbing reports that some European governments were ‘back-channeling’ to various Yugoslav factions, urging them to ‘go for it’. Indeed, on the margins of the NATO Summit in Rome in November, we strongly pressed the Germans not to break the non-recognition consensus.“

²⁸² Parlamentarische Protokolle, Heinrich Lummer, Bundestagsdebatte, 12/58: 4855, 15.11.1991.

²⁸³ Interview mit Volker Rühle, Deutschlandfunk, „Informationen am Morgen“, 1.7.1991.

²⁸⁴ Resolution des Deutschen Bundestages 12/795, „Zur Krise in Jugoslawien“, 19.6.1991.

²⁸⁵ Vgl. Auswärtiges Amt 1993b.

²⁸⁶ Brief von Außenminister Genscher an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuéllar, vom 13.12.1991. Siehe auch Fußnote 114.

²⁸⁷ Interview mit Hans-Dietrich Genscher, Die Zeit, 30.8.1991.

²⁸⁸ EPZ-Erklärung zu Jugoslawien, Außerordentliche EPZ-Ministertagung, Brüssel, 27.8.1991.

²⁸⁹ Zur Verknüpfung der Fragen der Grenzänderung und des Minderheitenschutzes siehe Libal 1997: 232 und Genscher 1999: 941.

²⁹⁰ Vgl. Europa-Archiv, 21/1991: D 528–534.

²⁹¹ Vgl. etwa Rich 1993 und Kirch 1993.

²⁹² Vgl. Opinion No. 2 of the Arbitration Commission of the Peace Conference on Yugoslavia, 18.12.1991 [31 I.L.M. 1497 (1992)].

- 293 Presseerklärung, Presse und Informationsamt der Bundesregierung, 4.7.1991.
- 294 Parlamentarische Protokolle, Björn Engholm, Bundestagsdebatte 12/37: 3021, 4.9.1991.
- 295 Ein außenpolitischer Referent der SPD-Bundestagsfraktion wies diesen Vergleich etwa in einem eindringlichen Schreiben an die Fraktionsmitglieder als grundlegend verfehlt zurück.
- 296 Interview mit Karl Lamers, Hessischer Rundfunk, Frankfurter Gespräche, 15.7.1991.
- 297 Parlamentarische Protokolle, Hans Koschnik, Bundestagsdebatte, 12/42: 3495, 20.9.1991.
- 298 Die Welt, Manfred Schell, „Politisch gesiegt“, 5.7.1991.
- 299 Vgl. Auswärtiges Amt 1993b.
- 300 Vgl. Viktor Meier (1999: 415), der Genscher mit diesen Worten zitiert.
- 301 Parlamentarische Protokolle, Helmut Kohl, Bundestagsdebatte 12/37: 3019, 4.9.1991.
- 302 Presseerklärung, Parlamentarischer Pressedienst der SPD-Fraktion, Gert Weißenkirchen, 3.7.1991.
- 303 Interview mit Hans-Dietrich Genscher, DFS Mittagmagazin, 4.7.1991.
- 304 Vgl. Auswärtiges Amt 1993b.
- 305 Genscher (1999: 953) schreibt u. a.: „Damit [In der Erklärung von Haarzuilens, 6.10.1991] bekannte sich die Europäische Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit zum Recht auf Unabhängigkeit [...]. Wie ich es schon vorher getan hatte, wurde der Zusam-

menhang hergestellt zwischen dem Selbstbestimmungsrecht, das allen Völkern Jugoslawiens zustehe, und den Rechten ethnischer Gruppen und Gemeinschaften, die in einzelnen Republiken lebten.“

³⁰⁶ Die freie Auslegung der Bedeutung des Selbstbestimmungsrechtes muß nicht zwangsläufig in ein Argument für Unabhängigkeit und Anerkennung münden. Die PDS/Linke Liste trieb die wörtliche Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes auf die Spitze, indem sie die Ansicht vertrat, die internationale Staatengemeinschaft dürfe, wenn es das Selbstbestimmungsrecht ernst nehme, nicht Einfluß auf den Konflikt nehmen (vgl. u. a. Parlamentarische Protokolle, Hans Modrow, Bundestagsdebatte 12/9: 407, 21.2.1991; Parlamentarische Protokolle, Dietmar Keller, Bundestagsdebatte 12/58, 4859, 15.11.1991). Mit dieser Auslegung wird das Selbstbestimmungsrecht mit dem Prinzip der Souveränität gleichgesetzt. So könnte auch der Angriff auf Vukovar als ein Akt serbischer Selbstbestimmung angesehen werden.

³⁰⁷ Vgl. Fußnote 145.

³⁰⁸ Parlamentarische Protokolle, Olaf Feldman, Bundestagsdebatte 12/33: 2562, 16.9.1991.

³⁰⁹ Der Spiegel, Freimut Duve, „Essay vom Ende der Souveränität“, 23.9.1991

³¹⁰ Parlamentarische Protokolle, Ulrich Irmer, Bundestagsdebatte 12/42: 4397, 20.9.1991.

³¹¹ Die Frage des Schutzes der Minderheiten in der Republik Serbien wurde demgegenüber vornehmlich als Frage der praktischen Umsetzung des Minderheitenschutzes diskutiert.

³¹² Vgl. die Ausführungen zum Begriff der »Demokraten« auf Seite 130.

- ³¹³ Der deutsche Diplomat Libal zeichnet in seinem Rückblick auf die Anerkennung folgendes Bild: In seinen Augen hatte Deutschland alles dafür getan, um die Umsetzung der Minderheitenrechte sicherzustellen. Die Implementierung der Rechte wurde hingegen von der serbischen Minderheit verhindert. Diese war seiner Darstellung zufolge nicht an der Umsetzung dieser Rechte, sondern nur an einer eigenen Republik interessiert (vgl. Libal 1997: 144).
- ³¹⁴ Zitiert nach Genscher 1999: 961.
- ³¹⁵ Im Entwurf vom 4.11.1991 des im Rahmen der Jugoslawienkonferenz verhandelten Abkommens wurde für die serbische Minderheit Kroatiens ein „special status“ vereinbart, der über den in internationalen Konventionen verankerten Minderheitenschutz hinausging. Die Badinter-Kommission kritisierte in ihrer 5. Stellungnahme, daß die kroatische Verfassung diesen Vorschriften nicht gerecht werde [31 I.L.M. 1503 (1992)].
- ³¹⁶ Vgl. die Ausführungen zum Zitat von Teichman und Logischen auf Seite 113.
- ³¹⁷ Gernot Erler, Interview in PPP, 42/126: 5, 5.7.1991.
- ³¹⁸ Der Spiegel, Freimut Duve, „Essay vom Ende der Souveränität“, 23.9.1991.
- ³¹⁹ Parlamentarische Protokolle, Freimut Duve, Bundestagsdebatte 12/113: 9636, 15.10.1992.
- ³²⁰ Presseerklärung, Karl Lamers, 28.8.91.
- ³²¹ Diese Auffassung läßt sich zudem danach unterscheiden, ob Sprecher den Konflikt erst für internationalisiert hielten, als sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit dem Jugoslawienkonflikt befaßte oder zu einem Zeitpunkt, als man sich im Rahmen der Rahmen der EG und KSZE um Vermittlung bemüht hatte.

- ³²² Vgl. die Auseinandersetzung zwischen den Abgeordneten Poppe und Menzel. Parlamentarische Protokolle, Bundestagsdebatte, 12/42: 3492, 20.9.1991.
- ³²³ Siehe Fußnote 269.
- ³²⁴ Vgl. zu diesem Punkt Libal 2002: 360.
- ³²⁵ Viktor Meier schrieb dieses Junktim der deutschen Bundesregierung zu. Meier stellte Genscher die Frage, ob es überhaupt zulässig wäre, die Anerkennung eines Staates von einem konkreten Minderheitengesetz abhängig zu machen. Laut Genscher sei dies eine politische Entscheidung gewesen (vgl. Meier 1999: 416–417).
- ³²⁶ ebenda.
- ³²⁷ Inwiefern die Badinter-Kommission die Kompetenz besaß, über konkurrierende Deutungen zu befinden, wird nachfolgend in Kapitel 4.5.4 diskutiert.
- ³²⁸ Dirk Jan van Houten, Hearing of the Senate and House Commission on Security and Cooperation in Europe, 5.2.1992.
- ³²⁹ Das Bild eines Krieges, den eine Vielzahl von Akteuren führt, wurde vereinzelt auch in der deutschen Presse vermittelt. Vgl. etwa taz, Roland Hofwiler, „Auf dem Balkan kämpfen viele Armeen“, 11.10.1991.
- ³³⁰ Dirk Jan van Houten, Hearing of the Senate and House Commission on Security and Cooperation in Europe, 5.2.1992.
- ³³¹ Vgl. etwa Deutscher Bundestag, Drucksache 12/1591, Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Zur Lage in Jugoslawien, 14.11.91 sowie Richard Johnson, Hearing of the Senate Foreign Relations Committee on Yugoslav Sanctions, 16.10.1991.

- ³³² Dirk Jan van Houten, Hearing of the Senate and House Commission on Security and Cooperation in Europe, 5.2.1992.
- ³³³ Vgl. Silber/Little 1995: 140–142; Brian Lapping Associates for Discovery Channel 1996: Yugoslavia – Death of a Nation [videorecording], BBC und ORF, Teil 3.
- ³³⁴ Reihl-Kir, der sich weiterhin um Vermittlung zwischen Serben und Kroaten bemühte, wurde am 1.7.1991 von einem kroatischen Extremisten erschossen.
- ³³⁵ Zitiert nach Thumann 1997: 581.
- ³³⁶ Eine abweichende Einschätzung wird vom damaligen US-Außenminister Baker vorgenommen, der ein bewußtes Kalkül unterstellt. Siehe Fußnote 281.
- ³³⁷ Vgl. Libal 1997: 150. Libal betont, die deutsche Politik sei vorsichtig gewesen, Kroatien und Slowenien nicht zur bedingungslosen und vollständigen Unabhängigkeit ermutigen zu wollen. Die Anerkennungsdrohung sah er auch nicht mit einer grundsätzlichen Ablehnung der jugoslawischen Einheit verbunden.
- ³³⁸ Robert Lansing, Confidential Diaries, Eintrag vom 30.12.1918, zitiert nach Radan 1997: 538.
- ³³⁹ Aus den öffentlich geführten Diskursen sind die in diesem Abschnitt angestellten Überlegungen nicht ablesbar. Die Erkenntnisse stammen aus Interviews mit Politikern, die an damaligen Entscheidungen beteiligt waren. Unter anderen wies Gernot Erler ausdrücklich auf den Zusammenhang von Anerkennung und Ostpolitik hin.
- ³⁴⁰ Zur Ostpolitik vgl. Haftendorn 2001: 173–218.
- ³⁴¹ Račan wurde am 27.1.2000 zum Ministerpräsident Kroatiens gewählt. Nachfolger Tujmans wurde Stjepan Mesić, der am 18.2.2000 zum neuen Staatspräsidenten vereidigt wurde.

- 342 Den Außenpolitikern der SPD galt die Anerkennung etwa als Gelegenheit, die Neuorientierung ihrer Ostpolitik unter Beweis stellen zu können. Vgl. Abschnitt 4.4.4.
- 343 Diese Einschätzung teilen rückblickend auch deutsche Diplomaten (persönliche Interviews) Vgl. hierzu Fußnote 191.
- 344 Schwab-Trapp bezeichnet diese Form der Anrufung von Vergangenheit als Strategie der Normativierung. Eine solche Strategie versucht die Vergangenheit als Richtschnur für die Gegenwart aufzuziehen. Ausgehend von der Bedeutung, die dabei der Vergangenheit zugeschrieben wird, werden normative Forderungen für das politische Handeln der Gegenwart erhoben (Schwab-Trapp 2002: 358).
- 345 Vgl. etwa die auf Seite 139 wiedergegebene Auseinandersetzung zwischen Eagleburger und einem Reporter.
- 346 Vgl. das Zitat von Freimut Duve auf Seite 194.
- 347 Den Begriff „unbewegte Bewegter“ habe ich von Rorty (1994: 82) übernommen.
- 348 Watzlawick/Beavin/Jackson (1996 [1967]: 58–59) untersuchten dieses Phänomen bei Auseinandersetzungen von Ehepartnern. Die Struktur des Konfliktes ist die gleiche, wie die hier genannte.
- 349 Einen neueren Überblick über die diese Literatur bietet Wiener (2002).
- 350 Vgl. die Darstellung des Konfliktes durch den Leiter der EG-Beobachtermission, van Houten, in Kapitel 4.4.1 und die Darstellung von Preisinger, einem deutschen Teilnehmer der Mission (1994). Van Houten vertrat eine Sichtweise des Konfliktes, die mit der dominanten Deutung der Jugoslawienkrise in Deutschland nur schwer vereinbar war. Deutsche Diplomaten sahen die deutsche Position hingegen durch die Arbeit der Beobachtermission gestärkt (Libal 1997: 79). Es bleibt zu überprüfen, in-

wiefern die Berichte der EG-Beobachtermission einen Einfluß auf den Diskurs von Entscheidungsträgern in Frankreich oder England ausübten.

- ³⁵¹ Der häufig gegen den Pragmatismus vorgebrachte Vorwurf der Relativität ist ein Beispiel für Kritik, die keinen Bezug zum Kontext der Aussagen herstellt. Die Kritik beruht auf der Grundlage essentialistischer Annahmen, die im Pragmatismus gerade verworfen werden. Vgl. die Ausführungen auf Seite 36.
- ³⁵² Beispiele sind die Artikel von Crawford (1995, 1996), in denen das deutsche Handeln als unilateral bezeichnet wird, und die Rückweisung dieser Argumentation bei Libal (1997, 2002).
- ³⁵³ Darstellungen der Kritiken finden sich etwa bei Calic 1993: 17–18 und Der Spiegel, „Brennend nach Aktion“, 26.6.1995.
- ³⁵⁴ Exemplarisch ist dafür der Befund, daß die Plausibilität von Genschers Argument, die Anerkennung hätte zur Befriedung Kroatiens geführt, von Annahmen bezüglich des Minderheitenschutzes abhängig ist. Vgl. die Ausführungen auf Seite 191.
- ³⁵⁵ Ein historisches Beispiel hierfür ist die militärische Niederschlagung des Spartakusaufstandes. Noch in den 50er Jahren argumentierten westdeutsche Historiker, Friedrich Ebert hätte vor der Alternative „Weimarer Republik“ oder „Bolschewismus“ gestanden. Einer anderen Sichtweise zufolge, hätte die Revolution 1918/1919 hingegen eine weitere Chance geboten: die tiefgreifende Demokratisierung der deutschen Gesellschaft (vgl. Nies 1993). Die Anhängerschaft der SPD-Regierung akzeptierte jedoch die Darstellung der Alternative Weimarer Republik/Bolschewismus. Dies ermöglichte der Regierung, ihre Entscheidung zu rechtfertigen, extrem national orientierte Freikorpsverbände nach Berlin zu rufen.
- ³⁵⁶ Vgl. Die Zeit, Thomas Assheuer, „Gewalt der Sprache – Sprachlosigkeit der Gewalt“, 29/2001.